OBST & GEMÜSE profi

Artikel vom 24.09.2024 · Ausgedruckt am 15.11.2026, 07:39 Uhr

Online: https://og-profi-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/zukunft-des-gartenbaus-politische-rahmenbedingungen-anpassen

Zukunft des Gartenbaus: Politische Rahmenbedingungen anpassen



Was brauchen die Gartenbaubetriebe jetzt? Dazu diskutierten v.l.: Frank Werner, Gartenbau Werner&Werner, CDU/CSU-Gartenbauberichterstatter Artur Auernhammer, StS Silvia Bender, Bundeslandwirtschaftsministerium, ZVG-Präsidentin Eva Kähler-Theuerkauf, Reinhard Steinhilber, Gärtnerei Steinhilber, Stefan Schulz, Friedrich Schulz Gartenbau
Foto: ZVG/ Rafalzyk

Um die Zukunft des Gartenbaus zu sichern, ist es entscheidend, dass die politischen Rahmenbedingungen angepasst werden. Das wurde erneut bei der öffentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Gartenbautages des Zentralverbandes Gartenbau (ZVG) am 20. September 2024 in Berlin deutlich.

Im Mittelpunkt stand dabei das Maßnahmenpaket Zukunft Gartenbau, an dem der ZVG intensiv mitgearbeitet hatte, aber auch die Erfahrungen und Herausforderungen der Betriebe vor Ort.

ZVG-Präsidentin Eva Kähler-Theuerkauf mahnte eine zügige Umsetzung des Maßnahmenpaketes an und sicherte zu, sich bei der Entwicklung einer neuen

Zukunftsstrategie Gartenbau intensiv einzubringen.

Staatsekretärin Silvia Bender vom Bundeslandwirtschaftsministerium kündigte an, gemeinsam mit den Ländern, die einzelnen Punkte im Maßnahmenpaket zu bearbeiten und verwies auf die bereits umgesetzten Punkte, wie die Förderung eines Moduls zur Nachhaltigkeitsbewertung im Gartenbau.

CDU/CSU-Gartenbauberichterstatter Artur Auernhammer betonte, nur wenn Kosten und Bürokratie nicht überhandnähmen, wenn Forschung und Ausbildung weiterhin möglich sein und unnötige Auflagen nicht zum Produktionshemmnis würden, könne der deutsche Gartenbau auch in Zukunft hochwertige Erzeugnisse liefern.

Endverkaufsgärtner Reinhard Steinhilber berichtete u.a. von seinen frühzeitigen Bemühungen, seinen Betrieb energieeffizienter und nachhaltiger zu gestalten. Gleichzeitig würden neue Entwicklungsschritte durch bürokratische Vorgaben und lange Amtswege erschwert.

Zierpflanzenproduzent Frank Werner kritisierte Wettbewerbsnachteile im europäischen Vergleich. Zumindest innerhalb der EU sollten die rechtlichen Regeln 1:1 umgesetzt werden und Deutschland nicht immer wieder mehr von den Unternehmern fordern, wie beispielsweise beim Energieeffizienzgesetz.

Mehr Praktikabilität und Zuverlässigkeit bei politischen Entscheidungen mahnte auch Gemüseproduzent Stefan Schulz an. Den Pflanzenschutz pauschal zu verteufeln, helfe der regionalen Produktion nicht weiter und werde der Situation nicht gerecht.

Quelle: ZVG